

Neujahrsempfang am 10. Januar 2016

„Wer nicht redet, wird nicht gehört.“

Mit dieser ebenso kurzen wie zutreffenden Feststellung des im letzten Jahr verstorbenen und beileibe nicht nur von mir hoch geschätzten ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt möchte ich Sie ganz herzlich hier beim Neujahrsempfang der Stadt Zirndorf in der Paul-Metz-Halle begrüßen und willkommen heißen.

Darum rede ich, hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gekommen, und wünsche Ihnen, dass die Erwartungen, die Sie mit 2016 verbinden, in Erfüllung gehen mögen.

Meine Damen und Herren, ich sehe es als gutes Zeichen, als Zeichen der Verbundenheit mit Zirndorf, dass wieder viele Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft, aus den Kirchen und den Medien, aus den Vereinen, Initiativen und Verbänden unserer Einladung gefolgt sind. Ich halte es für einen guten Brauch, gleich zu Beginn eines neuen Jahres zusammenzukommen und sich darüber auszutauschen, welchen Weg wir in den kommenden Monaten beschreiten wollen.

Und darum darf ich viele liebe Gäste herzlich unter uns begrüßen, wobei ich Sie bitte, den großen

Willkommensapplaus bis zum Ende aufzusparen und dann umso kräftiger abzugeben.

...

Zudem begrüße ich die besten Abschlusschülerinnen und –schüler aus Mittelschule, Realschule und Gymnasium ...

Und ein herzliches Willkommen den per Zufallsgenerator ausgewählten Neubürgerinnen und –bürgern. Laut mir vorliegender Rückmeldung sind dies ...

Zu einer Neujahrsansprache gehört ein Rück- und Vorausblick und ich freue mich, zu Beginn des neuen Jahres mit positiven Nachrichten aufwarten zu können. Zirndorf steht allen Unkenrufen zum Trotz gut da, wir sind auf einem guten Weg.

Auch 2015 konnte unsere Stadt von der insgesamt guten Konjunktur profitieren. Die Beschäftigtenquote liegt auf Rekordniveau, dank für alle Seiten annehmbarer Tarifabschlüsse und auch dank des seit einem Jahr bestehenden Mindestlohns haben viele Menschen in unserem Land Lohn- beziehungsweise Gehaltserhöhungen erhalten, was sich auch an der Beteiligung der Stadt an der Einkommenssteuer ablesen lässt.

Die Metz-Insolvenz ist überwunden, Handel und Gewerbe haben gute Umsätze erzielt, die Auftragsbücher der

Unternehmen sind gefüllt. Das zeigen die Zahlen der Gewerbesteuererinnahmen und der Umsatzsteuerbeteiligung. Und auch für das kommende Jahr ist bei den Unternehmen Optimismus angesagt, wie die Ergebnisse des jüngsten „Frankenbarometers“ belegen, das die „Fürther Nachrichten“ Ende Dezember zusammen mit der Wirtschaftsauskunftsdatei Creditreform erstellt haben. All dies sind erfreuliche Ergebnisse für die Beschäftigten und ihre Familien, für die hiesigen Betriebe und Läden, für Zirndorf insgesamt.

Dank der guten Wirtschaftslage sind unsere Steuereinnahmen im letzten Jahr, wie gerade schon bemerkt, angestiegen und wir haben auch mehr Zuwendungen erhalten. Allerdings haben 2015 nicht nur unsere Einnahmen zugenommen, auch unsere Ausgaben sind stark gestiegen, vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung und BibertBad. Das hat unseren Haushalt spürbar belastet und wird ihn auf Dauer belasten, wenngleich ich zumindest beim BibertBad durch die Wiedereröffnung künftig doch wieder auf bessere Zahlen hoffe. Zudem haben wir mit unseren Investitionen bleibende Werte für die Stadt geschaffen, also Vermögen, das die Schulden der Stadt um ein Vielfaches übersteigt und in der Diskussion um die Finanzen der Stadt leider allzu oft und allzu gern verschwiegen wird.

Meine Damen und Herren, ich kann nur immer wieder betonen, dass eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen eine unabdingbare Voraussetzung darstellt, damit sich Städte und Gemeinden, wie es ihre Aufgabe und ihr Wille ist, im Rahmen der Gesetze selbst verwalten und ihre Aufgaben gut erfüllen können.

Die Bundesregierung hat sich endlich dem Problem der strukturellen Unterfinanzierung zugewandt und mehr Entlastungen zugesagt. Das sind die richtigen Schritte, doch den ersten diesbezüglichen Beschlüssen zur Unterstützung der Kommunen müssen dringend weitere folgen.

Ob und wie sich dies im Haushalt 2016 der Stadt Zirndorf auswirken wird, werden wir sehen, wenn Anfang Februar für uns die Haushaltsberatungen wieder einmal beginnen.

Wieder einmal, weil wir diese Beratungen eigentlich schon im alten Jahr hatten abschließen wollen, damit aber kurz vor der Ziellinie gescheitert sind. Aber so fangen wir halt in ein paar Wochen wieder von vorne an, wir haben ja inzwischen Übung darin. Ich hoffe, wir müssen dann wegen der trotz geplanter Senkung des Hebesatzes weiterhin hohen Kreisumlage, immerhin 11,9 Millionen Euro, und den niedrigeren Schlüsselzuweisungen nicht wieder über einzelne Posten im Verwaltungshaushalt diskutieren oder Benutzungsgebühren einführen wie bei den Beratungen zum Haushalt 2015. Klar ist für mich aber, dass wir nicht mehr

jeden Wunsch erfüllen können und dürfen, wir müssen auch den Mut zum Nein-Sagen entwickeln.

Meine Damen und Herren, im letzten Jahr konnten wir wichtige Projekte verwirklichen beziehungsweise in Gang setzen, die den Standort stärken und die den Bürgerinnen und Bürgern mehr Lebensqualität bringen. Exemplarisch möchte ich hier nur den vorhin bereits erwähnten Ausbau der Kinderbetreuung, die Modernisierung unserer Schullandschaft und die Sanierung unserer Kanäle herausgreifen. Das sind Projekte, die der Stadt insgesamt zugute kommen und Werte schaffen, auch wenn wir, Stichwort Kanal, nichts davon sehen. Auf diesem Weg werden wir 2016 weiter voranschreiten müssen, gerade bei den Kanalsanierungen, aber auch bei den Betreuungsplätzen. Die Kitas in Weiherhof und Wintersdorf werden uns intensiv fordern.

Überhaupt soll Bildung weiterhin, wie in den Jahren zuvor, den Schwerpunkt unserer Aufgaben und Ausgaben ausmachen. Denn wie schon John F. Kennedy betonte, „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ Dennoch sind die fast 7 Millionen Euro, die wir jährlich an Betriebskosten für die Kinderbetreuung beisteuern müssen, alles andere als ein Pappenstiel. Von den investiven Maßnahmen ganz zu schweigen, ich denke, wir leisten hier Vorbildliches.

Sehr geehrte Damen und Herren, Kanäle hin, Kitas her, die wohl größte Herausforderung, die wir 2015 zu meistern hatten und die uns auch in diesem Jahr begleiten wird, stellte die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden dar. Dies ist zwar kein kommunalpolitisches, aber ein gesamtgesellschaftspolitisches Thema. Mir ist auch bewusst, dass dies ein heikles Thema sein kann, doch als „Standort-Bürgermeister“ einer Zentralen Aufnahmeeinrichtung fühle ich mich verpflichtet, zu diesem Thema aus kommunaler und vielleicht auch persönlicher Sichtweise Stellung zu nehmen. Gestatten Sie mir daher bitte den nachfolgenden „Ausflug in die große Politik“, ich halte ihn für unbedingt nötig.

Es war und ist für uns in Deutschland selbstverständlich, Menschen in Not zu helfen, Menschen, die vor Bomben, vor Terroranschlägen, vor Verfolgung fliehen und die oft im wahrsten Sinne des Wortes nur knapp dem Tod entronnen sind. Es ist erschütternd zu hören, was sie in ihren Heimatländern und auf der Flucht alles durchmachen mussten, niemand möchte das erleben müssen. Und vielleicht auch, weil viele ältere Deutsche gerade solche Situationen vor 70 Jahren hatten durchmachen müssen, haben wir alles getan, um schnellstmöglich Unterkünfte für die Flüchtlinge bereitzustellen und sie willkommen zu heißen. Wir haben in Zirndorf seit mehr als sechs Jahrzehnten die Zentrale Aufnahmeeinrichtung an der Rothenburger Straße und haben dies immer klaglos

hingenommen. Das wollen wir auch weiterhin tun, keine Frage. Wir leben mit der ZAE ohne größere Probleme, sie gehört halt einfach zu unserer Stadt dazu. Wir sind hier seit langem weltoffen.

Aber, und das ist unbestritten, es war und ist eine Belastung, dass weitaus mehr Flüchtlinge und Asylsuchende als gedacht zu uns kamen und die Plätze in der ZAE längst nicht mehr ausreichten. Zwar hatten wir nicht mehr die katastrophalen Überbelegungsszenarien wie noch im Herbst 2014, dennoch waren zahlreiche und teilweise neue Herausforderungen zu meistern. Die gestiegene Anzahl an Flüchtlingen war nicht nur im Stadtbild, sondern vor allem auch in der Rangaubahn bemerkbar.

Dependancen in ganz Mittelfranken, im Landkreis und auch bei uns im Stadtgebiet (Praktiker) waren die Folge. Deshalb möchte ich an dieser Stelle allen mit der Unterbringung betrauten Beschäftigten, den Polizisten, den Hilfsorganisationen und allen ehrenamtlich Engagierten wie unserer Asylgruppe von St. Rochus danken, die sich um Flüchtlinge gekümmert haben und es weiterhin tun.

Ich finde es großartig, dass sich so viele Zirndorferinnen und Zirndorfer in der Flüchtlingsbetreuung engagieren. Was sie auch tun, Kleidung sammeln, Flüchtlinge zu Ämtern begleiten oder Sprachunterricht geben, sie tragen maßgeblich dazu bei, dass sich die Asylsuchenden bei uns

zurechtfinden und Fuß fassen können. Nicht umsonst wurde die Asylgruppe um Erwin Bartsch 2015 mit dem Bürgerpreis des Bayerischen Landtags ausgezeichnet und auch im Stadtrat gewürdigt.

Diese Hilfe vor Ort ist bewundernswert und verdient alle Unterstützung und allen Respekt.

Allerdings würde ich, und bestimmt nicht nur ich, mir zeitnah eine Antwort der „großen Politik“ auf die Frage wünschen, wie es in der bundesdeutschen und europäischen Asylpolitik weitergehen soll.

Um es klar zu sagen, ich bin nicht überzeugt von der Meinung der Bundeskanzlerin, dass wir einen derart starken Zuzug von Flüchtlingen auf Dauer so einfach bewältigen können. Frau Merkels „Wir schaffen das!“ erscheint mir sehr optimistisch und wohl auch aus einer momentanen, sehr euphorischen Einschätzung der Situation entstanden zu sein. So sehr ich die spontane Hilfe für Flüchtlinge gutheiße, so sehr fehlt mir ein Plan für das künftige Handeln der Bundesregierung. Daran ändern auch die jüngsten Parteitagsbeschlüsse nichts, wir brauchen konkrete Maßnahmen, wie wir der Situation in naher Zukunft Herr werden können.

Denn diesen Zuzug schaffen wir vielleicht dieses eine Jahr mit gut einer Million Flüchtlingen, das denke ich schon, aber wir schaffen diesen nicht über mehrere Jahre hinweg.

Das hat aber nichts mit mangelnder Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft zu tun, ganz im Gegenteil. Die Hilfsbereitschaft der Deutschen war und ist groß, daran liegt es nicht.

Nein, wir schaffen einen solchen dauerhaften Zuzug schon aus rein logistischen Gründen nicht. Uns fehlen die notwendigen Unterkünfte während der Asylverfahren, uns fehlt das Personal beim Bundesamt wie bei den Betreuungsorganisationen und uns fehlen auf Sicht ausreichend Wohnungen, Kinderbetreuungsplätze und Schulräumlichkeiten für diejenigen, die nach Abschluss der Verfahren bleiben dürfen. Und schließlich stoßen auch die vielen großteils ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer an ihre physischen Grenzen, auch sie gilt es zu schützen. Denn ohne diese Ehrenamtler wäre das Betreuungssystem längst zusammengebrochen.

Aber auch in finanzieller Hinsicht schaffen wir einen dauerhaften Zuzug in einer solchen Größenordnung nicht.

Zwar übernehmen Bund und Land, wie es unsere Verfassung regelt, den Löwenanteil der Asylkosten. Allein die 16 Bundesländer planen laut „Fürther Nachrichten“ vom 30.12.2015 in ihren Haushalten in diesem Jahr 17 Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen ein. Die Zahlen des Bundes liegen noch nicht vor. Aber erstens fehlt dieses Geld dann anderswo und zweitens bleiben dennoch Kosten und

Aufgaben bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten hängen, z. B. Personal- und Jugendhilfekosten. Und die Landkreise geben diese Mehrkosten natürlich über die Kreisumlage wieder an die Kommunen weiter. Also betrifft es auch uns in den Städten und Gemeinden.

Und unabhängig von all dem schaffen wir einen solch starken Zuzug auch keinesfalls allein, das muss nach meiner Überzeugung, und das ist wohl auch Konsens, dauerhaft auf europäischer Ebene geregelt werden.

Darum kann es aber auch nicht sein, dass bestimmte EU-Länder sich einfach aus ihrer Verantwortung und den Dubliner Abkommen heraus stehlen und so tun, als ginge sie das Schicksal von hunderttausenden von Flüchtlingen nichts an. Wenn Europa nur bei der Verteilung von Zuschüssen und Unterstützungsleistungen an bankrotte Mitgliedsstaaten funktioniert und nicht bei dieser grundsätzlichen Frage, dann ist die EU als christliche Wertegemeinschaft, und als solche versteht sie sich ja wohl hoffentlich noch immer, mehr als flüchtig, nämlich überflüssig. Auf den Punkt gebracht hat es wohl der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Bayern, Heinrich Bedford-Strohm: „Das christliche Europa hat heute die Aufgabe, seinen Umgang mit Flüchtlingen so neu zu gestalten, dass kein Mensch mehr im Mittelmeer ertrinken muss.“ Deutlicher kann man das nicht ausdrücken.

Zum Trost sei angemerkt, die EU kann ja funktionieren, wenn sie denn will.

Das haben wir bei der einvernehmlichen „Sichere-Herkunftsländer-Regelung“ für die Balkanländer gesehen. Da hat die Europäische Union in einem gemeinsamen Vorgehen dafür gesorgt, dass Menschen, die aus wirtschaftlicher Not fliehen, nicht mit tatsächlich politisch oder religiös Verfolgten gleichgestellt werden. Diese Unterscheidung war dringend nötig, auch und gerade zum Schutz der Menschen, die wirklich aus Angst vor politischer oder kriegerischer Verfolgung zu uns kommen müssen.

Jetzt aber muss die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU-Staaten geregelt werden, und zwar schnell. Die Große Koalition in Berlin, aber auch die EU-Kommission sind gefordert. Ob dies allein mit einer „Koalition der Willigen“, wie dies die Bundesregierung nennt, gelingt, sei dahingestellt. Aber was wir brauchen ist:

1. Ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen in den Herkunftsländern. Wer nicht um sein Leben fürchten muss, flieht auch nicht.
2. Abkommen mit Anrainerländern wie der Türkei oder Jordanien, wo die Integration sowohl kulturell wie auch sprachlich leichter möglich ist.
3. Eine gerechte Verteilung der hier ankommenden Flüchtlinge innerhalb der EU.

4. Eine deutlich stärkere Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land bei der anstehenden Integration der Flüchtlinge.

Und klar ist für mich auch: Die Bevölkerung muss unbedingt die Sicherheit bekommen, dass die Regierenden das Heft des Handelns in der Hand haben. Und es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die seit langem in Deutschland lebenden Menschen wegen der Flüchtlinge irgendeinen Nachteil, eine Art Konkurrenzkampf erdulden müssen. Geschieht dies nicht oder nicht schnell genug, besteht eine große Gefahr für unsere Demokratie. Belegt wird dies auch durch eine Umfrage von TNS Forschung im Auftrag des SPIEGEL, wonach 84 % der befragten Bürger der Überzeugung sind, dass die hohe Zahl an Flüchtlingen Deutschland nachhaltig verändern würde. 54 % meinen, dass dadurch die Terrorgefahr steige, 51 % befürchten mehr Straftaten und immerhin noch 43 % einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Diese Zahlen belegen die Verunsicherung in der Bevölkerung, die sich in großen Teilen nicht ausreichend ernst genommen fühlt. Das muss sich schnell ändern, damit nicht die eigentlich sehr positive Grundstimmung der Bevölkerung in der Flüchtlingsfrage kippt, soweit sie nicht schon gekippt ist. Rechte Rattenfänger würden dann sicher noch mehr erstarken als wir es jetzt schon leider erleben müssen, Pegida und AfD oder auch die Erfolge des Front National in unserem Nachbarland Frankreich beweisen das

nur allzu deutlich. Die Menschen sind für rechte Populisten leider anfälliger geworden. Ich weise daher nochmals darauf hin: Uns regiert in Berlin eine Große Koalition, von der ich mir auch eine große Leistung erwarten darf.

Ich habe allen Widrigkeiten zum Trotz dennoch die Hoffnung, dass sich die verantwortlichen europäischen Staatenlenker in dieser Frage einigen werden und gründe diese Hoffnung auch hier auf Helmut Schmidt. Er muss es ja wissen, denn er hat einmal erklärt, „Großes wird auf Gipfeltreffen zwar nicht bewegt, aber wenigstens Schlimmeres verhindert.“

Aber im Ernst: Diese hohe Anzahl von Flüchtlingen ist leider auch ein untrügliches Zeichen für eine Welt, die von Krieg, Terror und Gewalt gezeichnet ist. Die Flüchtlinge, die in Deutschland, die bei uns eintreffen, kommen insbesondere aus Syrien und Afghanistan sowie aus vielen anderen Ländern, in denen Bürgerkrieg herrscht, keine funktionierende Staatsgewalt besteht oder Terroristen beziehungsweise Terrormilizen die Bevölkerung schikanieren.

Die islamistischen Terroristen, die sich Islamischer Staat nennen, konnten sich 2015 trotz internationaler Anti-IS-Allianz in Syrien, im Irak und in Libyen trotz Gebietsverlusten behaupten und verübten in ihrem Machtbereich nicht nur brutale Hinrichtungen, sondern zerstörten auch tausende

Jahre alte Kulturdenkmale. Wir alle haben die schrecklichen Bilder gesehen, aber uns alle hat wohl auch entsetzt, dass sich junge Männer und Frauen, die in unserer westlichen Welt, die in Deutschland aufgewachsen sind, der Terrormiliz anschließen. Was geht in den Köpfen dieser Menschen vor? Wie können wir dem wirksam begegnen? Müssen wir unseren Alltag künftig in Angst und Schrecken erleben ?

Auch unser Europa ist kein Hort des Friedens und der Sicherheit. Auch hier, in Frankreich und Belgien, haben Islamisten brutale Anschläge verübt. Die Anschläge von Paris haben insoweit noch einmal zu einer ganz neuen Qualität dieser Herausforderung geführt und die Staatengemeinschaft ist mehr denn je gefordert, sich diesen Terroristen entgegen zu stellen. Und dass islamistischer Terror auch ganz nahe an uns gerückt ist, beweisen nicht nur die Länderspielabsage in Hannover oder die Räumung des Münchner Hauptbahnhofs in der Silvesternacht.

Dennoch darf diese Angst vor Gewalt und Terror nicht unser Leben bestimmen und darum halte ich es für extrem gefährlich, wenn führende Politiker in unserem Land jeden Tag, verzeihen Sie mir bitte die Wortwahl, eine neue Sau durchs Dorf treiben. Ob die Forderung nach einer Obergrenze für Flüchtlinge, ob nun 200.000 oder mehr, das Gleichsetzen von Flüchtlingen mit Terroristen oder die

Forderung nach gültigen Einreisepapieren, das ist alles unrealistisch und billiger Populismus.

Ich war vor meiner Zeit als Bürgermeister über 20 Jahre lang Ausländerbehördler, ich weiß also, wovon ich spreche. Und das dürfen Sie mir glauben: Wer aus einem Land fliehen will, fragt nicht vorher dort bei den Behörden noch nach gültigen Papieren, er hält auch keine „Obergrenze“ ein, die er nicht kennt, die ihn in der Not auch nicht interessiert und von der eh keiner weiß, wie sie kontrolliert werden sollte. Oder wollen die zuständigen Politiker den 200.001. Flüchtling eigenhändig zur Grenze zurückbringen ?

Hier muss mehr Sorgfalt auf die richtige Wortwahl gelegt werden, mit dem Schicksal von Flüchtlingen spielt man keine „Spielchen“. Solcher Populismus mag wahltaktisch erklärbar sein, doch er ist de facto wieder nur Wasser auf die Mühlen der Rechten.

Und zu den Anschlagswarnungen zu Silvester in München möchte ich nur bemerken, dass Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht als Täter, sondern als Opfer des IS bei uns Zuflucht suchen. Diese Menschen jetzt mit den Terroristen gleichzusetzen, ist fatal und ein Frontalangriff auf das Zusammenleben in unserer Gemeinschaft.

Gleiches gilt übrigens auch für die Übergriffe in Köln und anderen Städten in der Silvesternacht, die durch nichts zu

entschuldigen sind. Aber so lange keine näheren Umstände zu den Taten bekannt sind, verbietet sich eine wie auch immer geartete Vorverurteilung einer bestimmten Personengruppe. Die Unschuldsvermutung ist ein hohes Gut in unserem Rechtssystem, das es zu schützen gilt.

Sollten sich allerdings die bisherigen Vermutungen hinsichtlich der Übergriffe in verschiedenen Städten an Silvester bestätigen, muss der Staat mit aller Härte durchgreifen, ob Flüchtlinge oder nicht. Ich erwarte von allen Menschen, die zu uns kommen, dass sie sich an unsere Regeln und Gesetze halten und den nötigen Willen zur Integration zeigen. Ansonsten, und auch das sage ich deutlich, haben sie hier nichts verloren. Dann ist der Aufenthalt baldmöglichst zu beenden, auch wenn das beileibe nicht so einfach ist wie uns das mancher Politiker weismachen will. In ein Land ohne funktionierende staatliche Strukturen oder in ein Land, in dem Folter und Tod drohen, kann und darf nicht abgeschoben werden. Das verbietet schon allein die Genfer Konvention.

Im übrigen wäre die Politik gut beraten, jetzt nicht alle Schuld auf die Polizei abwälzen zu wollen, sondern sich auch selbst zu hinterfragen, ob alle ihre Entscheidungen richtig und durchdacht waren. Also, bitte mehr Ehrlichkeit in dieser Diskussion.

Mein Fazit ist daher: „Nein“ zu Fremdenhass und Nationalismus, „Nein“ zu Pauschalurteilen, aber zugleich dem Gefühl von Überforderung und Verletzlichkeit weiter Teile unserer Gesellschaft Rechnung tragen, um einem Auseinandertriften eben dieser Gesellschaft entgegenzuwirken.

Dafür brauchen wir eine deutliche Reduzierung der Anzahl der Flüchtlinge und daran muss gearbeitet werden, auf Bundes- wie auf europäischer Ebene.

Denn wir brauchen Zuwanderung, unbestritten. Die demographische Entwicklung in unserem Land spricht hier eine deutliche Sprache.

Auf nationaler Ebene müssen wir den nötigen Zuzug meines Erachtens daher außerhalb des Asylverfahrens durch ein wie auch immer definiertes Zuwanderungsrecht regeln.

Für diese Zuwanderung brauchen wir feste Spielregeln. Und wir müssen diese Zuwanderung steuern und kontrollieren können. Denn selbstverständlich muss ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland wissen, wer ins Land kommt und wo sich dieser Mensch dann auch aufhält. Es kann nicht sein, dass tausende von Flüchtlingen unkontrolliert einreisen und niemand weiß, wo und vor allem wovon sie leben.

Freiheit funktioniert nicht ohne Sicherheit, beide bedingen einander. Das hat die Erfahrung gelehrt. Und darum ist auch

eine konsequente Rückführung derjenigen nötig, die eben kein Asylrecht für sich in Anspruch nehmen können.

Bitte verzeihen Sie mir den doch etwas umfangreicheren „Ausflug“ in die „große Politik“, aber diese Probleme betreffen uns auch vor Ort und sie bewegen die Menschen in unserer Stadt und im gesamten Land. Vor allem das Thema Asyl und Flüchtlinge. Danke für Ihr Verständnis.

Doch zurück zu den Niederungen der Kommunalpolitik. Gemessen an den Krisen in aller Welt, haben wir es in unserer Stadt mit überschaubaren Problemen zu tun. Und wir werden alles daransetzen, Zirndorf im vor uns liegenden Jahr erfolgreich weiterzuentwickeln. Bei unseren Vorhaben geht es nicht um Schnellschüsse, sondern um weitsichtige, um nachhaltige Beschlüsse.

Ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt nach wie vor auf Kinderbetreuung und Bildung. Wir wollen das Unsere tun, damit alle Zirndorfer Kinder und Jugendlichen gute Startchancen haben und damit Eltern Beruf und Familie vereinbaren können. Wir verstehen uns als kinder- und als familienfreundliche Stadt, das haben wir immer wieder betont und dazu stehen wir.

Ein persisches Sprichwort sagt, „Kinder sind eine Brücke zum Himmel.“

Nicht nur deshalb sehen wir weitere Investitionen in unseren Kindergärten vor. Ich denke hier vor allem, ich habe es

bereits erwähnt, an den Neubau in Weiherhof und natürlich auch an die geplante Zusammenlegung von Schule und Betreuungseinrichtungen in Wintersdorf.

Wir wollen, dass Eltern wohnungsnahe Betreuungseinrichtungen vorfinden, und haben daher in den letzten Jahren viele Plätze für unter und über Dreijährige im ganzen Stadtgebiet geschaffen. Wir lassen uns das auch einiges kosten, wenngleich es uns nicht nur um Quantität geht, sondern gleichermaßen um Qualität. Denn Erzieherinnen und Erzieher übernehmen heute eine Vielzahl wichtiger Aufgaben, teilweise sogar anstelle der Eltern. Sie kümmern sich um die frühkindliche Förderung und auch um die Integration von Kindern, die aus bildungsfernen Schichten oder auch Migrantenfamilien kommen. Ein wichtiger Baustein unserer Familien- und Gesellschaftspolitik, die man nun gutheißen oder ablehnen mag. Wie auch immer, sie ist Fakt.

In puncto Schulen haben wir nun den Ausbau und die Sanierung der Mittelschule und den Umbau der Ganztagesräume in der Grundschule I an der Mühlstraße abgeschlossen. Damit sind wichtige Weichenstellungen für unsere Schulkinder geschaffen worden.

Ein wichtiges Kriterium für Familienfreundlichkeit ist überdies ein ansprechendes Wohnangebot. Darum müssen wir darauf bedacht sein, in Zirndorf noch mehr günstige Wohnungen

anbieten zu können, denn auch auf diesem Segment wächst der Bedarf. Wir sind unmittelbar im Speckgürtel von Nürnberg und Fürth angesiedelt und haben den gleichen Wohnraumbedarf wie die großen Nachbarstädte zu befriedigen. Für den Zuzugswilligen spielt es keine Rolle, in welcher Stadt er wohnen kann; er will die Zentralität der Metropolregion nutzen können, ob in Nürnberg, in Fürth oder aber eben in Zirndorf. Darum bin ich durchaus offen für die neuen Baugebiete in Anwanen und an der Fürther Straße. Aber das wird nicht reichen, um den Bedarf an finanzierbarem Wohnraum zu decken. Und darum sehe ich hier besonders unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft in der Verantwortung, maße mir als „Außenstehender“ freilich nicht an, der WBG, wenngleich gut gemeinte, Ratschläge zu geben. Aber der Aufsichtsrat der Gesellschaft wäre schon gut beraten, sich mit der Thematik nachhaltig zu befassen, und das bitte nicht nur wegen der Flüchtlinge.

Ein weiteres großes Thema für unsere Stadt ist Barrierefreiheit. Ein großes Thema, weil es um gleiche Chancen für alle Zirndorferinnen und Zirndorfer, um die Teilhabe aller geht und weil es viele Bereiche unseres Gemeinwesens betrifft. Unsere Kitas und Schulen sollen für die gemeinsame Betreuung und das Unterrichten von Kindern mit und ohne Handicap gut ausgestattet, unsere öffentlichen Räume und Einrichtungen barrierefrei sein.

Deshalb werde ich auch nicht nachgeben in den Bemühungen für einen barrierefreien Ausbau unseres Bahnhofs, auch wenn ich mich hier von Bahn und Staatsregierung schon ein Stück weit allein gelassen fühle. Dort werden wir ganz offenkundig nicht richtig ernst genommen und das tut weh. Ich danke daher ausdrücklich dem Behindertenbeauftragten des Landkreises, Stephan Beck, für sein Engagement und sichere zu, auch 2016 hier eng an seiner Seite diese Bestrebungen fortzuführen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Agenda liegt auf der Mobilität, auf dem Ausbau unserer Infrastruktur. Das ist für den Alltag sowohl der Menschen wie unserer Unternehmen von großer Bedeutung. Das betrifft Straßen und Kanäle, in deren Ausbau und Sanierung wir in den kommenden Jahren kräftig investieren müssen, das betrifft aber auch vermeintlich kleine Umsetzungen wie die Schaffung von Radschutzstreifen entlang größerer Straßen, um mehr Menschen zum Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen. Denn auch so eine „Kleinigkeit“ entspricht dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger und trägt dazu bei, unsere Klima- und Umweltschutzziele zu verwirklichen.

Priorität hat nicht zuletzt, Zirndorf als Wirtschaftsstandort zu stärken. Die Stadt kann hier für gute Rahmenbedingungen sorgen, und mit Maßnahmen wie der geplanten Ausweisung eines Gewerbegebietes tragen wir dazu bei, dass die

Wirtschaft wachsen kann und neue Arbeitsplätze entstehen. Der Stadtrat hat den entsprechenden Beschluss im letzten Jahr gefasst, wir arbeiten nun mit Nachdruck an der Umsetzung.

Meine Damen und Herren, bei allen Planungen liegt mir viel daran, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und umfassend einzubeziehen. Bürgerbeteiligung ist heute das A und O jeder Stadtentwicklung. Großprojekte können nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn die Stadt transparent vorgeht und wenn die Bürgerschaft das Vorhaben mit trägt.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen heute mitreden und mitmischen, sie sind kreativ und bringen viele gute Ideen und Vorstellungen ein. Deshalb wollen wir die Bürgerbeteiligung weiter ausbauen und damit auch neues Vertrauen in die Politik schaffen. Denn Bürgerbeteiligung macht nicht nur die kommunalen Entscheidungen transparent, sie hebt auch den Unterschied zwischen, wie es oft heißt, „denen da oben“ und „denen da unten“ auf. Bürgerbeteiligung, meine Damen und Herren, ist gelebte Demokratie.

Und dass dies funktioniert, haben wir beim „Städtebaulichen Entwicklungskonzept Zirndorf 2030“ erlebt, das im letzten Jahr abgeschlossen werden konnte. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden Zielvorstellungen entwickelt, wie Zirndorf im Jahr 2030 aussehen soll. Über zwei Jahre hat der Prozess gedauert, lange Sitzungen waren an der

Tagesordnung, so mancher Rückschlag musste dabei überwunden werden. Nicht alle Vorschläge mag man dabei gutheißen, aber wir sind damit breit und gut aufgestellt. Bleibt abzuwarten, welche der im Konzept genannten Wünsche und Vorstellungen der Stadtrat realisieren kann und will.

Ich halte es in jedem Fall für eine Stärke unserer Stadt, dass viele Zirndorferinnen und Zirndorfer Verantwortung für ihren Ort übernehmen und sich für ihre Mitmenschen und das Gemeinwohl engagieren. Vieles, was Zirndorf lebens- und liebenswert macht, geht auf ihr Handeln oder ihre Initiativen zurück. Ehrenamtlich Engagierte sorgen für ein lebendiges Vereinsleben, sie helfen Bedürftigen, sie wirken in der Nachbarschaft. Sie praktizieren Solidarität und stärken den Zusammenhalt in unserer Stadt. Als Zeichen unserer Wertschätzung für dieses Engagement verleihen wir alle zwei Jahre silberne und goldene Ehrennadeln an diese verdienten Mitbürgerinnen und Mitbürger, zuletzt im November, als wir zehn verdiente Bürger unserer Stadt auszeichnen konnten. Auch der Gemeinsinns- und der Umweltpreis sind Ausdruck dieser Verbundenheit von Stadt und Bürgerschaft und sollen die Dankbarkeit der Kommune dokumentieren.

Deshalb möchte ich allen Zirndorferinnen und Zirndorfern, die in und für unsere Stadt aktiv sind, ganz herzlich danken.

Und ich kann sie nur bitten, sich weiterhin zu engagieren.
Dieses Engagement tut Zirndorf gut.

Meine Damen und Herren, gemeinsam können wir große Herausforderungen meistern, das hat gerade das letzte Jahr gezeigt. Wenn wir uns zusammen auf den Weg machen, wenn wir gemeinsam Ziele entwickeln und verfolgen, dann können wir viel erreichen. Gerade in einer Kommune, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt es auf das Zusammenwirken an. Und ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen.

Meine Damen und Herren, ein arabisches Sprichwort sagt, „Wenn du redest, dann muss deine Rede besser sein, als dein Schweigen gewesen wäre.“

Nun weiß ich nicht, ob meine Rede wirklich besser war als mein Schweigen möglicherweise gewesen wäre, ich hoffe es aber zumindest. Darum möchte ich mit diesem Sprichwort schließen, danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen ein gutes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr sowie Gottes reichen Segen.